

Bundesrichter blockiert Anti-BDS-Gesetz in Texas

Nora Barrows-Friedman, electronicintifada.net, 26.04.19

In einem großen Sieg für das Recht auf freie Meinungsäußerung erließ ein Bundesrichter in Texas am Donnerstag eine einstweilige Verfügung gegen das Gesetz des Staates aus dem Jahr 2017, das öffentliche Angestellte und Unternehmen, die mit dem Staat Verträge abschließen, verpflichtet, zu bestätigen, dass sie sich nicht an einem Boykott Israels beteiligen werden.

Das texanische Gesetz ist Teil eines systematischen landesweiten Versuchs, die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionskampagne (BDS) für palästinensische Rechte in den USA, zu stigmatisieren und zu verbieten.

In seiner 56-seitigen Anordnung* schreibt der US-Bezirksrichter Robert Pitman, dass das Gesetz, *House Bill 89*, „droht, missliebige Ideen zu unterdrücken“ und „die öffentliche Debatte eher durch Zwang, als durch Überzeugung zu manipulieren“.

Die einstweilige Verfügung folgt ähnlichen Anordnungen, die von Bundesrichtern gegen Anti-BDS-Gesetze in Arizona und Kansas erlassen wurden, und verweist auf Verletzungen des Ersten Verfassungszusatzes. Auch in Maryland und Arkansas sind Klagen gegen Anti-BDS-Gesetze anhängig.

Im Dezember reichte der *Council on American-Islamic Relations* (CAIR) im Namen von Bahia Amawi, einer Sprachpathologin in Texas, eine Klage gegen das Anti-BDS-Gesetz des Staates ein. Sie weigerte sich, einen Vertrag zur Verlängerung ihres Arbeitsverhältnisses im öffentlichen Schulbezirk Austin zu unterzeichnen. Der Vertrag enthielt eine Klausel, dass sie Israel nicht boykottieren werde, oder anderweitig Handlungen begehen werde, die dazu bestimmt sind, diesem Land wirtschaftlichen Schaden zuzufügen.

Als Reaktion auf Amawis Klage twitterte der texanische Gouverneur Greg Abbott: „Texas steht zu Israel. Punkt.“

Staatsbeamte boten dann an, das Gesetz so zu ändern, dass es nicht auf Einzelpersonen angewendet werden kann. Doch laut der Zeitung *Statesman*, sagte Amawi, dass diese Änderung nicht die Forderungen der Klägerin erfüllen würde, da die Teile nicht gestrichen würden, die die Regierung daran hindert, Verträge mit Unternehmen abzuschließen, die sich weigern, Geschäfte mit Israel zu machen. Die einstweilige Verfügung vom Donnerstag „ebnet Amawi den Weg zurück zu ihrer Position als Lehrerin für 3-, 4- und 5-Jährige“, berichtet der *Statesman*.

Der Generalstaatsanwalt von Texas, stellt CAIR fest, „ist nicht mehr berechtigt, Klauseln über den Boykott Israels in einen Staatsvertrag aufzunehmen oder durchzusetzen“.

„Der erste Verfassungszusatz blockiert jede Bestrebung von Landesregierungen oder der Bundesregierung, ihre Bürger zu zwingen, in der internationalen Debatte über die Beziehung zwischen Israel und Palästina Partei zu ergreifen“, sagte CAIR-Prozessanwältin Carolyn Homer.

Das Urteil ist „ein absoluter Sieg für den Ersten Verfassungszusatz gegen den Versuch von Gouverneur Abbott, die Rechte der Texaner auf die Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu unterdrücken“, sagte Amawis Anwalt Gadeir Abbas und fügte hinzu, dass dies für immer „ein Makel sein wird“ in Abbotts Lebenslauf.

„Dieser Sieg sollte eine wichtige Warnung an Bundes- und Staatsgesetzgeber im ganzen Land senden, die versucht haben, die Rechte der Amerikaner zu unterdrücken, sich an der wunderbaren amerikanischen Tradition zu beteiligen, ihre Ansichten durch Boykott auszudrücken“, sagte Abbas.

Zusätzlich zur Klage von Amawi wurde von der *American Civil Liberties Union* eine separate Klage im Namen von vier Texanern eingereicht, die nach diesem Gesetz gezwungen waren, „zwischen der Unterzeichnung der Bestätigung, oder dem Verzicht auf berufliche Möglichkeiten und Einkommensverlust“ zu wählen, so die ACLU.

Dazu gehören ein Freiberufler, der zwei Verträge mit der University of Houston verlor, ein Doktorand an der Rice University, der gezwungen war, auf sein Honorar für die Beurteilung eines Debattier-Wettbewerbs zu verzichten, ein Student an der Texas State University, der High-School- Debattier-Wettbewerbe nicht mehr beurteilen konnte, und George Hale, ein Reporter des Radiosenders KETR, der gezwungen war, die Bescheinigung zu unterschreiben, um seinen Job zu behalten.

Hale erklärte *The Electronic Intifada* am Freitag, dass Texas kein Recht hat, Radiojournalisten öffentlicher Sender zu sagen, was sie über die Situation in Palästina sagen oder nicht sagen können. „Ich bin erleichtert, dass ich endlich meinen Boykott von Unternehmen wieder aufnehmen kann, die an der Verletzung der palästinensischen Rechte durch Israel beteiligt sind, ohne Angst zu haben, meinen Job zu verlieren“, sagte er.

ACLU begrüßte die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom Donnerstag als Sieg für die Redefreiheit und sagte, es sei keine Überraschung, da das Recht auf Boykott „tief in der amerikanischen Tradition verwurzelt“ sei.

„In seiner Entscheidung hat das Gericht bekräftigt, dass dieses Gesetz dazu bestimmt war, den Ausdruck der persönlichen Meinung zu unterbinden“, sagte Terri Burke, Geschäftsführer der ACLU in Texas.

„Unzulässiger Zweck“

Richter Pitmans Verfügung besagt, dass die Kläger wahrscheinlich mit ihren Argumenten Erfolg haben werden, dass das Gesetz verfassungswidrig sei, da es „eine unzulässige, auf Inhalten und Standpunkten basierende Einschränkung der geschützten Meinungsäußerung“ ist. Die Anordnung besagt auch, dass das texanische Gesetz „verfassungswidrige Bedingungen für Beschäftigte im öffentliche Sektor auferlegt“.

Er kommt auch zu dem Schluss, dass das Gesetz zu vage ist, um es umzusetzen. Es macht es für staatliche Auftragnehmer unmöglich zu wissen, ob sie es ablehnen könnten, ein israelisches Produkt, oder ein in den USA hergestelltes Produkt von einem Unternehmen zu kaufen, das mit dem israelischen Militär Geschäfte macht, oder ob sie „verpflichtet wären, es zu kaufen, es sei denn, sie könnten es rechtfertigen, es aus geschäftlichen Gründen nicht zu tun“. Die Kläger „haben daher durch die Anwendung von *HB 89* Nachteile erlitten und werden weiterhin Nachteile erleiden, wenn es nicht gerichtlich verboten wird“, fügt der Richter hinzu.

Insbesondere verweist Pitman auf die Entscheidung des US Supreme Court** von 1982 auf einen Fall in Mississippi über Boykotte, die von schwarzen Bürgerrechtlern organisiert wurden, die sich in den 1960er Jahren weigerten, aus Protest gegen rassistische und ungleiche Behandlung in Geschäften von weißen Händlern zu kaufen.

Die weißen Kaufleute verklagten die *National Association for the Advancement of Colored People*, die Bürgerrechtsgruppe, deren Mitglieder zum Boykott aufriefen, und forderten Schadenersatz wegen entgangener Gewinne. Mississippis staatliche Gerichte stellten sich auf der Seite der weißen Kaufleute, machten die *NAACP*

haftbar und erklärten den Boykott für illegal. Aber der Oberste Gerichtshof der USA hob diese Entscheidungen einstimmig auf und stellte fest, dass Boykotte, die zur Herbeiführung sozialer und politischer Veränderungen aufgerufen wurden, den höchsten Schutz durch den Ersten Verfassungszusatz genießen.

In seinem Beschluss kommt Pitman zu dem Schluss, dass die BDS-Boykotte der „Kläger“ von Natur aus ausdrucksvolles Handeln sind, wie der Fall in Mississippi gezeigt hat.

„Ich bin sehr glücklich, dass der Richter beschlossen hat, unser Recht zu unterstützen, unsere eigenen politischen Überzeugungen zu vertreten und sie so auszudrücken, wie wir es für richtig halten“, sagte John Pluecker, der freiberufliche Autor, der einer der Kläger in der ACLU-Klage war.

„Dieses Urteil geht über den Fall der Beschwerdeführer hinaus - dieses Gesetz musste für alle angefochten werden.“ „Die Menschen in Texas müssen wissen, dass unsere Möglichkeiten, unseren Lebensunterhalt zu verdienen, nicht durch den Staat gefährdet wird, unserer politischen Positionen wegen“, fügte Pluecker hinzu.

Anfang dieses Monats kündigte Texas an, dass es 72 Millionen Dollar an DNB-Aktien einer norwegischen Finanzdienstleistungsagentur, die zwei der staatlichen Pensionsfonds verwaltet, abziehen würde, wegen der Bezeichnung dreier israelischer Unternehmen als Menschenrechtsverletzer.

Die einstweilige Verfügung vom Donnerstag bedeutet, dass der Staat nicht gezwungen werden darf, die Gelder von der DNB abziehen, weil das Unternehmen beschlossen hat, keine Geschäfte mit denjenigen Firmen zu tätigen, die mit Waffenherstellung und illegalem Siedlungsbau im besetzten Westjordanland Geschäfte machen.

Unterdessen haben Bürgerrechtsanwälte angekündigt, dass sie die noch bestehenden Anti-BDS-Gesetze anfechten werden, die weiterhin in Kraft sind.

„Texas kann Boykotte für palästinensische Rechte nicht einfach unterdrücken, nur weil dem Gesetzgeber die Botschaft, dass Palästinenser Gleichberechtigung verdienen nicht passt“, sagte Palestine Legal Senior Staff Attorney Liz Jackson, ebenso wenig wie der Kongress, Arkansas, Kansas, Arizona oder einer der 27 Staaten, die versucht haben, unser Recht auf Boykott einzuschränken.“

„Richter Pitman vom US District Court in Texas hat es richtig verstanden: Es gibt keine Ausnahme vom Ersten Verfassungszusatz, wenn es um Palästina geht“, fügte Jackson hinzu.

*aclutx.org/sites/default/files/4-25-19_bds_order.pdf

**oyez.org/cases/1981/81-202

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: electronicintifada.net/blogs/nora-barrows-friedman/federal-judge-blocks-anti-bds-law-texas